Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 272. Dienstag, 22. November 1921, abends. 74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 80 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.50 Mark, Ortspreis 1.25 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 50 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtsägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Neuwahl der Vertrauens- und Ersatzmänner

gemäß §§ 145 ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte in dem den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain umfassenden Wahlkreis.

Die Wahl wird von Sonntag, den 18. Dezember 1921 auf

Sonntag, den 8. Januar 1922 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags

verlegt.

Die Wahlvorschläge sind bis spätestens 8 Wochen vor dem Wahltage bei dem Wahlleiter Regierungsassessor Hampe, Amtshauptmannschaft, einzureichen.

Im übrigen wird allenthalben auf die Bekanntmachung vom 12. November 1921 — Radeburger Anzeiger Nr. 134 vom 15. November 1921 — verwiesen.

Großenhain, am 19. November 1921. 1456 f. F.

Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 29. Oktober 1921 werden hiermit für das Auftreten der **Beschälseuche bei Pferden** als **Sperrgebiete** die Gemeinden **Ober-Mittel-Ebersbach, Berbisdorf, Medingen, Ermendorf, Volkersdorf, Steinbach** bezeichnet.

Gemäß § 7 der Verordnung über die Bekämpfung der Beschälseuche bei Pferden vom 20. Oktober 1921 — Blatt 247 des Sächsischen Gesetzblattes — sind folgende Bestimmungen innerhalb des Sperrgebiets zu beachten:

a) Stuten dürfen nur dann zur Begattung zugelassen werden, wenn ihr Besitzer dem Hengsthalter eine bezirkstierärztliche Bescheinigung vorlegt, aus der hervorgeht, daß die Stute nach dem klinischen Befund und dem Ergebnisse der Blutuntersuchung als unverdächtig anzusehen ist.

b) Hengste im Alter von mehr als einem Jahre und Stuten im Alter von mehr als zwei Jahren dürfen nur mit Genehmigung der für die Standorte zuständigen Amtshauptmannschaft aus dem Sperrgebiet ausgeführt werden. Die Genehmigung darf nur auf Grund einer bezirkstierärztlichen Bescheinigung über die Unverdächtigkeit der Pferde erteilt werden. Die Amtshauptmannschaft hat die für den Bestimmungsort zuständige Verwaltungsbehörde von dem bevorstehenden Eintreffen der Pferde und von dem Sachverhalt rechtzeitig zu benachrichtigen. Bei Verladung von Hengsten und Stuten auf Eisenbahnstationen im Sperrgebiet ist die schriftliche Genehmigung der Amtshauptmannschaft und die bezirkstierärztliche Bescheinigung über die Unverdächtigkeit der Pferde dem Vorstand der Verladestation vorzulegen.

c) Die Genehmigung unter b ist auch dann erforderlich, wenn Stuten solchen Hengsten zugeführt werden sollen, die außerhalb des Sperrgebiets stehen.

Wegen der bezirkstierärztlichen Untersuchung sämtlicher Stuten im Sperrgebiete ergeht weitere Anordnung.

Großenhain, am 21. November 1921. 1745 a EI.

Die Amtshauptmannschaft.

Ehemalige Kriegsgefangene,

die noch Anträge auf nachträgliche Gewährung von Löhnungsbeihilfen und Entschädigung für verloren gegangene Sachen stellen wollen, haben dies spätestens bis 30. November 1921 beim unterzeichneten Hilfsausschuß zu tun unter Benutzung eines daselbst zu entnehmenden Vordruckes.

Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Riesa, den 22. November 1921.

Hilfsausschuß beim Rate der Stadt Riesa.

Der 5. Nachtrag zum Statut der Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen, betreffend die Zugehörigkeit des bisherigen Gutsbezirkes Merzdorf zum Hebammenbezirk, liegt von heute ab 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im hiesigen Gemeindeamte aus.

Weida bei Riesa, am 21. November 1921.

Der Vorsitzende des 26. Hebammenbezirks.
Gemeindevorstand Schönfeld.

Stinnes.

Wer ist der Mann, der jetzt in London, von niemandem beauftragt, aber sicher von Plänen weitreichenden Umfanges durchlebt, Verhandlungen anspinnt, auf die die Augen der ganzen Welt gerichtet sind? In aller Munde ist der Name, aber in wenigen nur ist eine klare Vorstellung über Wesen und Bedeutung seines Trägers. Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Zeitgeschichte, und die Fäden, die von dieser Persönlichkeit nach allen Bezirken des deutschen Wirtschaftslebens und weit über seine Grenzen hinaus auch ins Ausland reichen, sind so verströmt und sind zum Teil so unsichtbar, daß alle Begriffe, die sich an diesen Namen ranken, Gefahr laufen, mit fast mythologischen Inhalten sich zu erfüllen.

Stinnes ist die Amerikanisierung unserer Wirtschaft, der schärfste Exponent jener Entwicklung, die mit ehernner Sicherheit zu immer gewaltigerer Konzentration der gesamten Wirtschaftsgewalt in den Händen einiger weniger führender Köpfe und Vermögen hinzuleiten scheint.

Mit 50 000 Mark gründete Hugo Stinnes seine erste Gesellschaft. Es war eine Rhein-Schleppschiffahrts-Gesellschaft, die sich, wie schon vorher die Familie Stinnes, hauptsächlich mit der Kohlenverfrachtung befaßte. Und ebenso wie das Familienstammhaus, gelangte auch er vom Kohlentransport sehr bald zur Kohlenproduktion, kaufte Zeche nach Zeche auf und entwickelte sein Unternehmen schon vor dem Krieg zu einem der bedeutendsten Bergwerksunternehmen Rheinland—Westfalen. Von der Kohle schritt er zum Eisen vorwärts. Er sicherte sich die Aktienmehrheit der Deutsch-luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, die neben der Gewinnung des Roherzes auch seine Verhüttung und Weiterverarbeitung in Gieß- und Walzwerken besorgte. Daneben erfolgte die Weiterentwicklung der Verkehrsunternehmungen, die schon vor 1914 zur Gründung einer eigenen See-Schiffahrtsgesellschaft führten. Gleichzeitig streckte er seine Arme nach der Elektrizitätsindustrie aus und gründete die Rheinisch-westfälische Elektrizitäts-Gesellschaft, deren Krafterzeugung heute fast ganz Rheinland—Westfalen mit elektrischem Strom versieht. Der Krieg brachte all diesen Unternehmungen einen unerhörten Aufschwung. Und wenn nach dem Zusammenbruch ein Teil der Rohstofflager und Hüttenwerke, die in Lothringen und Luxemburg lagen, verloren gingen, so hemmte auch das nicht die gewaltige Ausdehnung der Gesamtunternehmung. Die große Fusion mit Gelsenkirchen wurde vollzogen und damit ein Wirtschaftsführer von den Ausmaßen Emil Kirdorfs den Stinneskonzernen unterworfen. In der Elektroindustrie folgte die Angliederung des riesigen Siemens-Schuckert-Konzernes, aus den Wäldern, die zur Gewinnung eigenen Grubenholzes aufgekauft worden waren, entwickelten sich Zellulose- und Papierfabriken, diesen wurden eigene Zeitungsunternehmen aufgesetzt, während im Verkehrswesen die Gründung einer neuen Großschiffahrtsgesellschaft sich vollzog, die ihre Ausläufer wiederum in einer großen Hotelsbetriebsgesellschaft fand.

Heute steht der Stinnesblock, obwohl noch immer in fortgesetzter Ausdehnung begriffen, als der einzige absolut in sich geschlossene deutsche Vertikaltrust da, — ein Unternehmen, das seine eigenen Rohstoffe bis in die feinsten Spitzen selbst weiter verarbeitet und verbreitet und das für alle Produkte, zu deren Herstellung es sich veranlaßt sieht, sich sofort die dazu notwendigen Rohstoff- und Halbstoffgrundlagen schafft. Die Macht des eigentlichen Herrn dieses Blocks, die Macht Stinnes' selbst, wird nach der Geldseite hin sicher oftmals überschätzt. Ob Stinnes selbst ein Milliardenvermögen besitzt, ist fraglich. Aber sicher ist, daß er Milliarden beherrscht, mittels jenes Finanzierungssystemes, das uns die Amerikaner gelehrt haben, ein System, in dem es für den Herrschwilligen nur notwendig ist, einen gewissen Bruchteil jenes Aktionskapitals in seinen Händen zu halten, während der Rest von der großen Masse des tributären und rentenbeziehenden, aber zu keiner Mitentscheidung mehr befähigten großen Publikums beigesteuert wird. So hängt von den Entschlüssen dieses Mannes nicht nur das Schicksal der Unternehmungen selbst ab, sondern auch das Schicksal tausender von Aktionären und Spekulanten, das Schicksal ganzer Berufsstände, in denen er sich monopolartige Stellungen gesichert, und das Schicksal Hunderttausender, ja vielleicht Millionen Arbeiter.

Als eine Wirtschaftsmacht und Wirtschaftskapazität von fast beispielloser Stärke tritt Hugo Stinnes in London den Instanzen gegenüber, mit denen er sich Verhandlungen vorgesetzt. Entspricht dieser Fähigkeit auf dem wirtschaftlichen auch eine gleichgroße Fähigkeit auf dem politischen Gebiet? Wir haben noch keine Beweise dafür. Hugo Stinnes, dessen kaufmännischer Blick über alle Zweifel erhaben ist, hat politisch zweifellos oft geirrt. Es scheint, daß er allzu sehr gewohnt ist, als Macht aufzutreten, als daß es ihm gelingen könnte, die gerade Linie seines Verfahrens in die krause Ornamentik der Diplomatie umzubiegen. Auch scheint ihm oftmals der Sinn für das Psychologische, der in der Politik so oft enthalten ist, abzugehen. Das hat in Spa zu so heftigen Widerständen gegen ihn geführt und das nimmt ihm auch innerpolitisch so viel von dem Kredit, den er durch seine Bedeutung für Deutschlands Wirtschaft wie auch durch sein persönliches Verhalten seinen Arbeitern und Angestellten gegenüber sonst sicher verdiente. Daneben mag er manchem der Engländer, mit denen er es jetzt zu tun hat, als Konkurrent oder als Exponent der konkurrierenden deutschen Gesamtwirtschaft unsympathisch sein und auch dies mag seine Stellung noch mehr erschweren. Es ist also sicher keine Triumphfahrt, die Hugo Stinnes jetzt angetreten hat. Aber dieser Mann, wiewohl er in manchen Dingen irrt, weiß im allgemeinen doch sehr genau, was er tut. Wenn er nach London gefahren ist, so werden wohl Gründe bestehen, die ihm einen Erfolg dieser Fahrt als möglich erscheinen lassen.

Sturmzeichen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die groteske Hungerkomödie in Lichtenburg zeitlich mit den Lebensmittelkrawallen in Berlin zusammenfällt. Die kommunistischen Drahtzieher gebrauchen einmal wieder eine „Aktion", und dabei ist man diesmal auf die Idee verfallen, eine Reihe von Verbrechern, die im Zuchthause von Lichtenburg ihre Strafen verbüßen, zu Märtyrern zu machen und mit ihrer Hilfe die Arbeiterschaft aufzuputschen. Teurung und allgemeine Verworrenheit der politischen Lage bilden für die Aktion einen wirkungsvollen Hintergrund.

So ist denn die Generalstreikhetze wieder einmal im besten Gange. In Halle haben Demonstrationen stattgefunden, bei denen zu einer „Erhebung des Proletariats" zur Befreiung der Lichtenburger Gefangenen aufgefordert wurde, die Arbeiterschaft einer ganzen Reihe von Berliner Betrieben hat den Hungernden ihre „Sympathie" ausgedrückt, die „Freiheit" meldet „Sturmzeichen", und ein am Sonntag erschienener Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ruft die Arbeiter zur Bereitschaft: „Die Entscheidung fällt noch vor Weihnachten".

Die Mehrheitssozialdemokratie hat sich in der Angelegenheit fest hinter den Minister Radbruch gestellt, dessen Nachgeben die Staatsautorität auf das schwerste erschüttern müßte. Der „Vorwärts" schreibt sogar unumwunden, daß die Hetzpolitik der Kommunistischen Partei die Schuld an dem Unglück der Lichtenburger Gefangenen trage und daß es dieser Partei schlecht anstünde, mit diesem Unglück politische Geschäfte machen zu wollen.

Und um was handelt es sich eigentlich? Die Lichtenburger Gefangenen sind keineswegs wegen politischer Vergehen inhaftiert. Sie sind ausnahmslos gemeine Verbrecher aus den Märzunruhen in Mitteldeutschland. Für die Herren Kommunisten, die ja das Verbrechen als eins ihrer wichtigsten Kampfmittel ansehen, mag allerdings kein Unterschied zwischen politischen Gefangenen und solchen bestehen, die wegen krimineller Delikte eine Strafe verbüßen. Es steht aber fest, daß die Strafen auf grund ordnungsmäßiger Urteile verhängt worden sind, und jeder, der den kommunistischen Wünschen auch nur um eines Zolles Breite nachgibt, schädigt auf das empfindlichste die Achtung von unserer Rechtspflege.

Vielleicht besteht in dem einen oder anderen Falle, wo es sich erwiesenermaßen um Mitläufer aus Dummheit, Verblendung oder ähnlichen Motiven handelt, die Möglichkeit, Gnade walten zu lassen. Grundsätzlich darf aber, wenn der Staat überhaupt als solcher Existenzberechtigung haben soll, niemals auch nur ein Gefangener unter dem Zwange irgendeiner Drohung freigelassen werden. In Wittenberg hat das Lichtenburger Beispiel bereits Nachahmer gefunden, und bald werden wir in allen deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern, in denen kommunistische Aufrührer und Brandstifter untergebracht sind, vor derselben Erscheinung stehen.

Allem Anscheine nach stehen wir vor einem Winter, der uns Schweres bringen wird. Ohne Wirren wird es bei der bestehenden Teuerung kaum abgehen. Wenn man erst anfängt, zu „expropriieren", dann ist auch das Blutvergießen nicht mehr weit. Trotz allem wird es aber dem Kommunismus nicht gelingen, den Zusammenbruch des Staates herbeizuführen. Der größte Teil der Arbeiterschaft, mag er auch im Augenblicke von der wüsten kommunistischen Propaganda geblendet sein, wird sich im entscheidenden Augenblick des russischen Beispiels entsinnen und die Vernunft bewahren. Wir haben wirklich Sorgen genug, und man sollte bedenken, daß uns jeder Tag eines etwaigen Generalstreiks riesenhafte Summen kostet. Oder glaubt man, daß unsere Gegner einem „kommunistischen" Deutschland gegenüber von ihren Forderungen absehen oder sie auch nur ermäßigen würden? Der Kampf, den man da wieder propagiert, wird, wenn er ausbrechen sollte, wieder Ströme von Arbeiterblut kosten, man wird aber ebensowenig Erfolg haben, wie überall dort, wo man ihn bisher gewagt hat.

*

Die Plünderungen in Berlin. Gestern vormittag sammelten sich mehrere hundert Mann Arbeitsloser in der Rosenthaler Straße in Berlin vor dem Warenhause von Wertheim an, so daß sich die Geschäftsleitung veranlaßt sah, die Türen zu schließen und die Stollladen herabzulassen. Die Demonstranten zogen darauf weiter und hielten in den Sophiensälen eine Versammlung ab. Am Nachmittag zog ein Trupp vom Alexanderplatze durch die Königstraße, zertrümmerte eine Schaufensterscheibe der Konditorei Gumpert, riß die Auslagen aus dem Fenster und lief davon. Auch die Schaufensterauslagen eines in demselben Hause befindlichen Herrenartikelgeschäfts wurden geraubt. Einer der Täter wurde festgenommen. Die Menge zog weiter nach der Gertraudenstraße und plünderte dort ein Herrengarderobegeschäft. Eine Anzahl der Plünderer kleidete sich in diesem Geschäft neu ein. Die Polizei konnte etwa 40 Plünderer, gegen die das Publikum eine drohende Haltung einnahm, festnehmen. Die Verhafteten wurden in einem Polizeiauto nach dem Polizeipräsidium gebracht. — Wie die Blätter melden, ist die Reichsregierung gewillt, durch positive Maßnahmen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Massen zu verbessern, um ihnen über den schweren Winter hinwegzuhelfen. Die Reichsregierung werde jedoch nicht dulden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch Gewalttaten, wie die kürzliche Plünderung von Verkaufsgeschäften gestört werde. Sie werde allen darauf abzielenden Bestrebungen mit größtem Nachdruck entgegentreten. — Die gestrigen Plünderungen in Berlin ereigneten sich im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung. Wie polizeiliche Feststellungen ergeben haben, sind die Plünderungen durch Leute veranlaßt worden, die seit langem im Gegensatz zur organisierten Arbeiterschaft stehen. Es handelt sich um dieselben Personen, die vor einigen Wochen die Arbeitslosen zum gewaltsamen Vorgehen gegen den städtischen Arbeitsnachweis aufgehetzt hatten. Der Hauptbeteiligte, der ehemalige Steinmetz Leo Wichtmann, ist bereits vor einigen Tagen festgenommen worden. Er wird dem Gericht wegen Landfriedensbruchs vorgeführt werden. Polizeiliche Fahndungen nach weiteren Drahtziehern der Plünderungen sind im Gange.

Plünderungen in Neukölln. In den Abendstunden des Montages plünderten halbwüchsige Burschen ein Schuhwarengeschäft gegenüber dem Rathause zu Neukölln. Sie zerschlugen die beiden großen Schaufensterscheiben und raubten die ausgestellten Schuhwaren.

Verbot von Umzügen in Berlin. Wie das „Berliner Tagebl." hört, wird aus Anlaß der jüngsten Ausschreitungen der Berliner Polizeipräsident noch im Laufe des heutigen